

Kann ein westliches Käuferkartell die hohen Ölpreise merklich senken?

Politischer Aktionismus

In den Reden auf den Klimakonferenzen konnte der Ölpreis westlichen Politikern nicht hoch genug sein. Nun ist es soweit, doch die G7-Energieminister fordern das Ölkartell OPEC auf, mehr zu fördern. Joe Biden verkauft Lagerbestände der strategischen US-Ölreserven. Wirtschaftsminister Robert Habeck will mit einem Käuferkartell den Preis des schwarzen Goldes deckeln. Diese Idee stammt ursprünglich von Italiens Premier Mario Draghi, der Mitte Mai erstmals davon sprach. Doch dies würde nur funktionieren, wenn die Käufer die Nachfrage auf Kommando drosseln könnten.

Bei der Förderung geht so eine Drosselung, deshalb ist die OPEC auch so erfolgreich. Öl fließt nicht nur zur Tankstelle: Die ganze Petrochemie von Industrialkohlen über Kunststoffe bis Bitumen braucht es. Ein Höchstpreis könnte verordnet werden, doch wieviel Öl dann noch geliefert wird, ist eine ganz andere Frage. Ein Käuferstreik wäre ein Akt der Verzweiflung – wie ein Hungerstreik: Das funktioniert nur, wenn die andere Seite Empathie zeigt. Doch warum sollten die ölexportierenden Länder die reichen Verbraucher im Westen subventionieren? Von den 13 OPEC-Staaten kommen nur die Lebensstandards in Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten auf europäisches Niveau. Angola, Algerien oder die Republik Kongo sind bettelarm. Hohe Einnahmen aus Ölverkäufen dienen ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Das Klischee des Ölscheichs im Palast ist ein Ausnahmephänomen der Golfmonarchien.

Auch moralisch wäre ein solcher Ressourcetransfer zu künstlich niedrigen Preisen äußerst fraglich – und ausgerechnet der Ex-Grünen-Chef Habeck gehört eigentlich zur Fraktion der Hypermoralisten. Daß ein Ölpreisschub

bevorsteht, weil im Laufe dieses Jahres erstmals die Nachfrage die Förderung übertreffen könnte, ist schon seit Monaten bekannt (JF 45/21) und hat nichts mit dem Ukraine-Krieg zu tun. Und ist der Ölpreis schon so hoch, daß er ökonomisch schadet? Die Investmentbank JPMorgan Chase geht davon aus, daß die Wirtschaft einen Preis von 130 bis 150 Dollar pro Barrel verkraften kann, am Montag stand Öl bei 115 bis 120 Dollar. Der weitaus stärkere Anstieg des Erdgaspreises bereitet Unternehmen wesentlich mehr Probleme als das Öl, denn wegen des höheren Steueranteils beim Öl sowie der Raffineriekosten schlägt der Anstieg des Rohölpreises weniger auf den Endpreis durch als ein gleicher Anstieg beim Gas.

Während Habeck beim Ölpreis nur auf der Zuschauertribüne sitzt, könnte Präsident Biden die Lage auf dem Ölmarkt durchaus entschärfen. Leider tut er genau das Gegenteil: Im Mai ließ er auf Druck von Klimaaktivisten Fördergenehmigungen in Alaska und im Golf von Mexiko stornieren. Biden schlägt eine Strafsteuer auf russisches Öl vor, die sich zwar umsetzen ließe, aber wirkungslos bliebe, denn billigeres russisches Öl wird vermehrt nach Indien und in andere Länder geliefert, die bei den Sanktionen nicht mitwirken. Indien importiert dafür weniger teures Öl aus dem Nahen Osten, das dann nach Europa exportiert werden kann.

Die Sanktionen werden so zu einem Verschiebepunkt. Nach Ansicht des Weißen Hauses ist Wladimir Putin für die hohen Ölpreise verantwortlich. Gleichzeitig verlangt Biden höhere Förderquoten und erwägt sogar, die Importrestriktionen gegen Venezuela aufzuheben. Ob ihm der Spagat zwischen Ökogruppen und Autofahrern gelingt, wird sich bei den US-Wahlen im November zeigen.



von
Thomas Kirchner

„Die US-Investmentbank JPMorgan Chase hält einen Ölpreis von 130 bis 150 Dollar pro Barrel für verkraftbar.“

Soziale Spritpreisbremse reißt Löcher in den ungarischen Staatshaushalt

Viktor Orbáns Notbremse

Von **Jörg Fischer**

Energiewende, Masseneinwanderung, Klimaausgaben, Corona, gestörte Lieferketten, Euroabwertung, Nullzinsen, staatliche Ausgabenorgien sowie obendrauf drei Monate Ukraine-Krieg und Russland-Sanktionen – die Geldentwertung in Europa scheint außer Kontrolle. Die Inflationsrate im Euro-Raum kletterte im Mai auf 8,1 Prozent. Nur in der neutralen Schweiz herrscht mit 2,5 Prozent Inflation fast Preisstabilität. Daß der Benzinspreis dennoch auf den EU-Schnitt von 1,90 Euro kletterte, liegt an der Besteuerung und der Euro-Schwäche gegenüber dem Franken.

Es gibt aber noch ein Tankparadies in Europa: In Ungarn kostet der Liter Super umgerechnet 1,25 Euro – zehn Cent weniger als in der Türkei. Hat die Landeswährung Forint extremer abgewertet als die türkische Lira? Fließt das russische Erdöl zu Freundschaftspreisen in die Raffinerien? Nein, die Regierung von Viktor Orbán hat den Preis für 95-Oktan-Benzin und Diesel auf den Einheitspreis von 480 Forint gedeckelt – und auch nach der haushoch gewonnenen Parlamentswahl im April nicht erhöht. In den Nachbarländern Serbien und Slowenien (je 1,56 Euro), der Ukraine (1,61), Rumänien

(1,63), der Slowakei (1,80) sowie in Österreich und Kroatien (1,81) war Benzin im Mai spürbar teurer. Das hat den Tanktourismus befördert und ungarischen Stationen Zusatzumsätze beschert.

Doch die soziale Preisbremse reißt Löcher in den ungarischen Staatshaushalt. Und ein Österreicher verdient dreimal soviel, ein Slowene fast doppelt soviel wie ein Ungar. Deswegen zog Budapest die Notbremse und ordnete vorige Woche an, daß der Sprit für 480 Forint nur noch an Autofahrer mit ungarischen Kennzeichen verkauft wird. Alle anderen müssen nun besteuerte Marktpreise zahlen – also etwa 60 Cent mehr. Das sei rechtswidrig, heißt es sofort aus dem Ausland und von der woken Opposition. Das sei Diskriminierung im Binnenmarkt – und ein Fall für die Kommission und den EU-Gerichtshof in Luxemburg. Die 2013 von der CSU in den schwarz-roten Koalitionsvertrag gedruckte „Ausländermaut“ für deutsche Autobahnen fand dort bekanntlich auch keine Gnade. Aber wie wäre es mit Kraftstoffgutscheinen? Mit denen lockte Italien westdeutsche Urlauber vor 40 Jahren nach Südtirol und an die Adria, die von den hohen dortigen Benzinsteuern abgeschreckt waren.

Mehr Zentralismus wagen

Zukunft der EU: Emmanuel Macron für Änderung der Verträge / Ist ein Verfassungskonvent notwendig?

Präsident Macron mit EU-Kommissionschefin von der Leyen: Fiskalunion nach französischem Wunsch

DIRK MEYER

Demokratischer, bürgernäher und effizienter soll die EU werden. Die „Konferenz zur Zukunft Europas“ gilt dabei als Leuchtturmprojekt der EU-Kommission und ihrer Präsidentin Ursula von der Leyen. Doch selbst die Vorstellung des Schlußdokumentes am Europatag des 9. Mai mit einer Rede des EU-Ratsvorsitzenden Emmanuel Macron fand nur verhaltene Aufmerksamkeit. Die EU ist mit dem Brexit, der Flüchtlingskrise und dem Ukraine-Krieg sowie der schwelenden Staatsschuldenkrise und dem (Nicht-)Handeln der EZB im Zeichen der Inflation an Grenzen gelangt. Der Abschlußbericht enthält 49 Vorschläge und über 320 konkrete Maßnahmen. Sie sind in einem als „basidemokratisch“ deklarierten, etwa einjährigen und organisatorisch aufwendigen Prozeß entstanden.

Jeder Bürger der EU konnte sich daran beteiligen, einige wurden speziell angesprochen. In mehr als tausend Veranstaltungen nationaler und europäischer „Bürgerforen“ sowie einer digitalen Plattform beteiligten sich etwa 650.000 EU-Bürger. Vertreter dieser „Bürgerforen“ sammelten die Diskussionsbeiträge und brachten sie in die Plenarversammlung der Konferenz ein. Ein von Parlament, Kommission und EU-Rat gebildeter Exekutivsausschuß beauftragte und koordinierte den Prozeß unter Mithilfe eines gemeinsamen Sekretariats. Wie hieraus das Destillat der veröffentlichten Empfehlungen jedoch zustande kam, bleibt im Detail ebenso im dunkeln wie die aufgewendeten Kosten.

Gemeinsame Kreditaufnahme auf EU-Ebene künftig als Regelfall?

Sechs wesentliche Vorschläge sind hervorzuheben, die überwiegend die Machtstellung der Brüsseler Zentrale und die der mediterranen Staaten stärken. Sowohl dem wachsenden Umfang der EU-Mitgliedstaaten wie auch den Mehrheitsverhältnissen im EU-Rat der Staats- und Regierungschefs ist demnach erstens eine Aufhebung des Vetorechts in der Steuer-, Haushalts- und Außenpolitik zugunsten einer qualifizierten – häufig mediterranen – Mehrheit geschuldet. Diese setzt die Zustimmung von 55 Prozent der Mitgliedstaaten voraus, die mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung re-

präsentieren („doppelte Mehrheit“). Nach dem Brexit kommen die EU-Nordländer (Deutschland, Niederlande, Österreich, die baltischen Länder, Dänemark, Schweden), die traditionell eher an Freihandel interessiert sind und einer Transferunion à la Macron skeptisch gegenüberstehen, mit nur 30 Prozent der EU-Bevölkerung nicht mehr auf eine Sperrminorität.

Zugleich wurde die Blockademacht der mediterranen Länder mit zusammen 43 Prozent gestärkt. Zweitens soll der Bereich „Gesundheit“ von der rein nationalstaatlichen Kompetenz in die sogenannte geteilte Zuständigkeit überführt werden. Dies dürfte eine Reaktion auf das teils unkoordinierte nationale Vorgehen in der Pandemie sein. Gerade bei unbekanntem Terrain sind die unterschiedlichen Erfahrungen vieler Staaten aber mitunter hilfreich. Jedoch könnte die Einkaufsmacht bei Impfstoffen und deren Koordination durchaus ein Pro-Argument darstellen – wenn sie denn funktioniert.

Ein dritter Vorschlag wird eher nebenbei erwähnt: die „gemeinsame Kreditaufnahme auf EU-Ebene mit dem Ziel, günstigere Bedingungen für die Kreditaufnahme zu schaffen“. Zwar sollte der EU-kreditfinanzierte Corona-Wiederaufbauplan Next Generation EU (NGEU; JF 14/21) (Umfang 824 Milliarden Euro) eine einmalige Ausnahme darstellen. Der Ukraine-Krieg führt jedoch bereits zu neuen Sonderbedarfen. So soll eine kurzfristige EU-Makrofinanzhilfe für die Ukraine in Form von Darlehen von bis zu neun Milliarden Euro auf der Basis von zusätzlichen Garantien der Mitgliedstaaten finanziert werden.

Dies wären „Peanuts“ im Vergleich zum geplanten langfristigen Wiederaufbauplan „Rebuild Ukraine“ von 100 bis 300 Milliarden Euro, der ebenfalls über gemeinschaftliche Eurobonds mit Haftungsanteil Deutschlands von etwa 21 Prozent finanziert werden soll. Ähnlich könnte der 300-Milliarden-Euro-Umbau des EU-Energiesektors bestritten werden. Infolge der verlorenen Sperrminorität wäre es zudem ein leichtes, nationale Investitionsausgaben zukünftig gegen die Interessen der Nordländer über Eurobonds mit Gemeinschaftshaftung „kostengünstig“ zu finanzieren. Eine Fiskalunion nach französischem Wunsch ohne Souveränitätsaufgabe der Nationalstaaten wäre das Ergebnis.

Als vierter Baustein eines „modernisierten europäischen Hauses“ wird ein sogenanntes Mehrebenensystem vorgeschlagen, nach dem entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip die möglichst unterste politische Ebene die anstehenden Aufgaben über-

nimmt. Der aufmerksame Leser vermisst an dieser Stelle allerdings den Verweis auf eine mögliche Erweiterung der „verstärkten Zusammenarbeit“ einzelner Mitgliedstaaten, um besondere politische Projekte durchzuführen (Artikel 20 EU-Vertrag).

Gemeinsame Streitkräfte und „transnationale“ EU-Wahllisten

Stattdessen schlägt EU-Ratschef Macron in seiner Straßburger Rede eine „Europäische politische Gemeinschaft“ vor, in die weitere Staaten bei einer Nicht-Erfüllung der Anforderungen zumindest in den Vorhof der EU aufgenommen werden könnten. Die Ukraine – im Transparency-Korruptionsindex an 122. Stelle – wäre ein erster Kandidat. Sodann werden gemeinsame EU-Streitkräfte vorgeschlagen. Hier zeigt sich eine gewisse Naivität bezüglich der Praktikabilität, ist doch die französische Armee eine vom Präsidenten befehligte, während die deutschen Streitkräfte dem Parlamentsvorbehalt unterliegen. Schließlich soll das Wahlrecht geändert werden, indem EU-weite bzw. „transnationale“ Wahllisten aufgestellt werden und ein Teil der Mitglieder des EU-Parlaments über eine EU-weite Liste gewählt wird – „one man, one vote“ in weiter Ferne.

Diese Entwicklung eines nur scheinbar demokratischeren Europas stärkt vornehmlich den Zentralismus auf EU-Ebene. Ihm sollte ein föderaler Entwurf einer repräsentativ-demokratischen Beteiligung der EU-Bürger entgegengestellt werden. Gemessen am Bevölkerungsanteil würde Deutschland nicht 96, sondern 131 Sitze im EU-Parlament erhalten. Noch gravierender sind die Abweichungen im EZB-Rat, der seit den Ankäufen von Staatsanleihen nicht nur über die Geldpolitik (Inflation) entscheidet, sondern zunehmend auch die Staatenfinanzierung übernimmt. Hier hat jedes Euro-Mitglied eine Stimme. Gemessen am Kapital- bzw. Haftungsanteil würde die Bundesbank jedoch Anspruch auf fünf Stimmen haben. Eine solche Vertragsänderung setzt Einstimmigkeit voraus, die illusorisch ist. Nur ein kollektiver EU-Austritt mit der Neugründung einer europäischen Föderation gleichgesinnter Staaten könnte dies ermöglichen.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Endbericht der „Konferenz zur Zukunft Europas“: futureu.europa.eu/pages/reporting

JF TV MEDIENMYTHEN

Teil 1 und 2 der großen JF-TV-Dokureihe

Mythos Klimakatastrophe: Steht die Erde wirklich vor einer Klimakatastrophe? Spieldauer: 87 Min. + Bonusmaterial

Mythos Energiewende: Begründet mit dem Mythos Klimakatastrophe, soll Deutschland seine Energieversorgung grundlegend umbauen. Spieldauer: 105 Min.

DVD-Paket Medienmythen, 1. + 2. Teil und ein JF-Spezial Mythos Klimakatastrophe, Mythos Energiewende und das JF-Spezial: Die Akte Greta Best.-Nr. 95245, 20 Euro

Auch auf **Vimeo ON DEMAND** kaufen oder ausleihen